

RENTNERISCHES

Für Alte und solche,
die es werden wollen



Nr. 56
März 2024

AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Platzende Hutschnur
des Kulturamtsleiters

Unerklärlicher Groll
gegen die Grünen

Bad Liebensteiner
Sonderzustände



Wir sind Oscar!

Sandra Hüller, eine fabelhafte Schauspielerin und ein netter Mensch, eine seltene Kombination. Um die Jahrtausendwende war sie hier am Theaterhaus. Darauf wird sich Jena nun was einbilden. Zu Unrecht. Vielen guten Schauspielerinnen und Schauspielern erging es wie der besten; was sollen sie hier



Was wir über den Maja-Fall wissen und was wir nicht wissen

Bestimmt haben Sie es mitbekommen durch die Hauswandschmierereien und die angeschlossenen Zeitungsartikel über Elter1, das sich Sorgen macht um sein „Kind“, dem in Ungarn eine Verurteilung droht und sogar Strafe. Dieses Vaternde wird nicht selbst gesprüht haben, hat

aber so ein Jenaer Demomitgehergesicht, das den Schluss zulässt, sein Hauptproblem ist nicht: „Was habe ich falsch gemacht?“

Die Gesamtwürdigung der in der Zeitung geschilderten Umstände lässt es als sicher erscheinen, dass der Hass, wegen dessen die ungarische Justiz sich um diese „Maja“

bemüht, nicht digitaler Natur war. Verletzte und Schwerverletzte.

Was wir wissen: Transfrauen sind Frauen.

Was wir nicht wissen: Manche teilen die Konspirationsvermutung, „Maja“ sei der Kampfname eines linken Schlägers, der mit anderen faulen Willis aus seiner und leitpolitischer Sicht legitime Zielpersonen niederschlägt und mit nonbinärer Identifizierung schon mal für Hafterleichterungen eine Mitsprache bei der Gefängniswahl erwirken will. Dieser als Vater Gelesene spricht von Kind nicht wegen des kindlichen Alters oder des etwaigen Jugendstrafrechts, sondern weil nach baldiger Gesetzeslage er die Erinnerung auszulöschen hätte, wenn das soziale Konstrukt Geschlecht selbstbestimmt worden wäre und weil Missgendern zwar ganz schlimm ist, aber nicht auf die Strafe angerechnet würde.

So was lässt sich nicht nachprüfen. ●



Schuhe in der Krise

Wo sind all die Schuhläden hin? So fragt die Lokalzeitung. Als wären die Schuhgeschäfte nicht weg, sondern nur woanders. Insolvent sind sie wahrscheinlich nicht, sie haben nur aufgehört zu existieren.

Die Zeitung beeilt sich auch festzustellen, dass es keine langen Leerstandzeiten geben sollte, so dass man gespannt sein kann, was kommt.

Wir können schon froh sein, dass die Zeitung nicht geüberschrieben hat: „Sag mir, wo die Schuhe sind“, und wenn soziale Ursachen behandelt worden wären, dann solche, dass die Preise für Schuhe Frauen benachteiligen, sowohl bei dem einzelnen Paar als auch in der Gesamtmenge. Aber wie war das noch mal, die Schuhläden blieben in der Pandemiezeit zu, weil der Weg dorthin ein hohes Ansteckungsrisiko barg. So die Begründung.

Wenn irgendein Bezug zu den Coronamaßnahmen hergestellt würde, dann aber allerhöchstens der, dass wegen der Ausgangsbeschränkungen weniger Schuhe verbraucht wurden. ●

Besuch

Bundeswirtschaftsminister Habeck besuchte das Jenoptik-Werk in Göschwitz. Damit setzte er ein klares Zeichen dafür, dass er nicht verjagt zu werden braucht und niemand „Hau ab!“ rufen muss, er geht von alleine wieder weg.

Kandidaten

Die CDU stellt für die Landtagswahl als Direktkandidaten in einem der beiden Jenaer Wahlkreise einen renommierten Chemie-Professor auf. Die CDU geht dazu über, Leute zu präsentieren, die es nicht aus beruflichen Gründen nötig haben, einen politischen Posten zu bekommen.

Die SPD hat ihren Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl nominiert. Das ist der bislang größte Wahlerfolg für Dezernent Benjamin Koppe, dass einer zur Wahl antritt, den die Leute für ihn halten.

Ammoniak

Ein mutmaßlicher Ammoniak-Anschlag auf ein Stadtteilzentrum vor einer Parteiveranstaltung

enthielt weniger Ammoniak als vermutet. Das Bekenner schreiben war mit Deppinnensternchen verfasst, darum wird in alle geschlechtlichen Richtungen ermittelt.

Solidemo

Gegen das Millionendefizit der Universität demonstrierten neben dem Rathaus Gewerkschaften und Gewerkschaftsartige. Damit wurde das Zeichen gesetzt, dass man nicht etwa nur Geld will, sondern auch bereit ist, Leistung zu zeigen und dafür auf die verkehrsberuhigte Straße zu gehen.

Hoher Besuch

Der Bundespräsident war da.

Versorgung

Bürgermeister Gerlitz will nicht Oberbürgermeister werden. Damit entspricht er ganz bürgernah dem Wählerwillen. Stattdessen wechselt er in die Ernst-Abbe-Stiftung, und viele fragen: als was? Als irgendwas, das nicht von den Jenaern gewählt werden muss natürlich.

Freisprechungen

Lehrlinge wurden freigesprochen. Hier muss man auf die Feinheiten achten; die Lehrlinge bekommen die Freisprechung. Den Freispruch bekommen die Fachkräfte.

Streit

Laut dem Portal Jenaer Nachrichten kam es im Lidl zu einem Streit zwischen Regalen. Aus Gründen der Sensibilität wurde darauf verzichtet, die beteiligten Regale zu benennen.



Halb normal ist auch korrupt

Der Kulturamtsleiter, der männliche Teil der Zweier Spitze, wird im Zusammenhang mit einem Brandbrief, der in der Stadtverwaltung zirkulieren soll, in der Zeitung zitiert, ihm sei die Hutschnur geplatzt angesichts der Verwehrlosung im politischen Umgang, der das Gleichgewicht verloren habe, was in den Extremen abfärbe, Extremakteure links wie rechts meinten, jegliche Form des Anstandes beiseitelassen zu können.

Die Sprache provoziert schon mal nicht, so was hört man hundertfünzigfach, vielleicht sonst noch etwas einseitiger, denn von beiden Seiten ist für gewöhnlich nur die Rede, wenn der Anlass etwas ist, wo die abgerungene Reaktion ist, „wir sind gegen jede Form von so was, bis auf die, wo wir immer das Thema wechseln“.

So ist hier das Bemerkenswerte, dass der Anlass von der Richtung kam, die sagt, „Ich bin der Antifaschismus.“

Dem Amtsvorgänger wäre ein solches Statement nicht in das, was im Konsens der Demokraten Sinn genannt wird, gekommen.

Die Hutschnur zu thematisieren, ist nun wieder ganz das Grünsprech, wo es keine sinnvollen Aussagen geben kann. Grüne können ihre Gefühle als Argumente vortragen und werden dafür mit medialer Präsenz belohnt, dagegen ist der Versuch, andere Gefühle anlässlich anderer Ereignisse in die Debatte einzubringen, untauglich und unbeachtlich.

Was auch nur wegen der Untauglichkeit gerade noch geduldet wird, ist, von Angriffen von allen Seiten zu reden, damit man auch von den einen reden kann, um die es nicht zu gehen hat.

Ob der Kulturamtsleiter befindet, dass die einen Extremakteure staatlich gefördert werden, und ob er meine, dass der Kulturbetrieb die Verwehrlosung mitverursacht und verstärkt habe?

Wir haben es ihn gefragt. Er hatte aber gerade anderes zu tun.

Und der andere Teil der Doppelspitze, der weibliche? Nicht dass hier nur der Mann Gehör findet.

Wir baten um eine Auskunft, ob diese Brandansage innerhalb der JenaKultur-Doppelspitze Konsens ist oder spaltet. Für den Fall des Konsens: Welche Änderungen an der eigenen Arbeit plant JenaKultur, um auf eine Verbesserung der Debattenkultur hinzuwirken?

Im Falle des Dissens: Wie soll es verhindert werden?

Und wenn dieser mutmaßliche Text in der Stadtverwaltung zirkuliert, da muss er doch was auslösen? Wir fragten bei der Jener Pressestelle, ob die Stadtverantwortlichen, die das Schreiben gelesen haben, bei sich eine Mitverantwortung am Entstehen dieses Zustandes sehen.

Die Frage wurde vollumfänglich beantwortet, nämlich gar nicht, damit ist alles gesagt. Die Hutschnur darf nicht ins Abreißen geraten, damit nicht und so weiter. Schon gar nicht vor Wahlen. Da nützt die Frage nach politischer Verantwortung sowieso immer den Unrichtigen, also den Wählern.

Bestimmt ist es eine Komplottfabrik – wir haben schließlich überhaupt keine weitergehenden Informationen dazu als die eigenen düsteren Vermutungen – dass der Kulturamtschef entweder von selber, als er wieder zur Besinnung gekommen war, eingesehen hat, oder ihm sachte, aber unmissverständlich klargemacht

wurde, dass es in niemandes Interesse läge, wenn er seinem fortwährenden Ärger noch mehr Luft machte und fortan als umstrittener Kulturleiter angesehen werden müsste, so bedauerlich dies auch wäre.

Denn eine unbestreitbare Tatsache ist doch, dass ein solcher Brief genügt, viertausend Demonstranten für die rotgrüne Politikultur wie Deppen dastehen zu lassen. Und da waren sie alle, Ramelow und Minister Meier und Saskia Esken, jetzt sehen sie blöd aus. In den potentiellen Augen von möglichen Beobachtern. Und der Oberbürgermeister ist mitgelatscht, jetzt wirkt er wie ein Volltrottel. Das wird die Chancen auf seine Wiederwahl nicht vermindern, aber solche Kunden legen ja Wert auf ihren Ruf.

Nur gut, dass auch ein schlechter Ruf verpflichtet und dass das Ansehen von Politikern immer noch in der Presse entschieden wird. Die wirft nicht nur keine anstehenden Fragen auf, sie beschützt auch den Kulturfunktionär vor sich selbst. Sie erledigt das Thema durch Beendigung der Debatte. Er konnte seine Meinung sagen, es wurde vermeldet, und gut ist. Man muss nur immer wieder daran erinnern, dass in unserer gerechten Sprache diese Dialogform Demokratie heißt. ●



Report

Aktuell wird diskutiert, wieso die Grünen so viel Groll abkriegen. Ein möglicher Grund wird Sie überraschen

Da hatte die Zeitung in großer Aufmachung einen Aufreger, so was wie die Jagd auf Bonnie und Clyde, irgendwo, und man weiß nicht wo – die Region ist benannt, besteht aber aus mehreren Gegenden – da soll Aschermittwoch ein Treffen gesicherter Beobachtungsfälle stattfinden. Der allzu typische Zeitungsleser kriegt davon Schreck genug. Man weiß ja, da werden vielleicht Abschiebungen im großen Stil besprochen oder Pläne zur Reduzierung der Geschlechter auf zwei.

Und warum steht das in der Zeitung? Ist eben spannend, und hinterher kann man nicht von nichtst gewusst haben. Man ist vorbereitet.

Darum fragten wir beim Verfasser an, „wenn, wie es zeitungdeutsch heißt, ‚es zu Gewalt kommt‘, was ja heißt, dass Linke zur Gewalt kommen und prügeln, ob Sie dann bei sich eine Mitverantwortung für die Gewalttätigkeit sehen oder nicht, ob Sie also die Mitverursachung der Gewalt beabsichtigen oder nur deren nachträgliche öffentliche Billigung und Relativierung vorbereiten.“

Der Redakteur war nach dem Abfassen des Artikels verreist und daher in der komfortablen Lage, die Aschermittwochsgeschehnisse abzuwarten.

Der Aschermittwoch verstrich ohne diesbezügliche Nachrichtenlage von dort. Kann alles heißen.

Was es gab, einen Tag später, war in der örtlichen Lokalpresse eine mittelkurze Nachricht aus dem angrenzenden Landkreis, der hauptsächlich von Holzländern

bewohnt wird. Die Gegenpartei hatte unsere Demokratie angegriffen, indem sie zur Landratswahl einen Parteilosen aufstellte, dieser „zieht seine Kandidatur für die Wahl des Landrates zurück“, zwei Wochen nach der Nominierung. „Er habe sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht und gründlich überlegt, heißt es weiter (...) Als Gründe nannte er, dass eine ‚Bedrohungs- und Gefahrenlage‘ für seine Familie entstanden sei, mit der er nicht umgehen möchte. Das dürfe es in einer Demokratie nicht geben“, denkt er sich so, die Zeitung zählt die übriggebliebenen Kandidaten auf, es gibt also weiterhin genug zu wählen.

Das ist journalistisches Handwerk, finde die Konflikte! Hier ist es ein innerer Konflikt. Er hat es sich nicht leicht gemacht, ob's edler im Gemüt, die Bedrohungsfrage zu erdulden oder durch Zurückziehen sie enden. Der politische Wettbewerb ist manchmal ganz schön aufreibend, nicht alle Fa-

milien sind dem gewachsen. Die Zeitung gründet ihren Artikel auf dessen Pressemitteilung, sie hatte keine Zeit zu recherchieren, ob die Bedrohungslage aus den Mitteln für Demokratie gefördert wurde und ob die anderen Parteien auch finden, das gehe doch so nicht. Die müssen doch auch davon erfahren haben und es wird doch irgendeine Reaktion gegeben haben. Die erfahren wir aus der Zeitung nicht.

In persönlichen Gesprächen wird uns immer wieder hochheiligst versichert, die Zeitungsleute seien nicht korrupt, sondern wirklich echt so, und Zeit haben sie sowieso keine.

Kann sein, dass der Groll auf die Grünen zuerst von der grünen Presse veranlasst ist, die kann man nicht abwählen, da lässt man es an den Demokraten aus.

Und manche mögen angesichts dieses Falles denken, na bitte, geht doch, können wir das nicht auch mit den Grünen haben? ●



Lokalredakteure diskutieren, ob man enthemmte Kriminelle als Aktivisten bezeichnen kann

Und? Kann man?

Nachdem freie Radikale die Luft aus den Reifen von vierzehn SUVs abgelassen hatten, diskutierte man in der Lokalredaktion, ob man hier von Aktivisten sprechen könne, immerhin sei doch möglich, dass so etwas tödlich ausgeht.

Die Lokalredakteure haben also erstens Zeit, über so eine Frage eine Unterhaltung zu führen, und zweitens, darüber eine Spalte zu schreiben. Einer jedenfalls tat es, und ihn baten wir um die ergänzende Mitteilung: Wie ist die Diskussion ausgegangen, darf man die Zufallsmörder Aktivisten nennen oder nicht? Wurde problematisiert, dass man mit der Bezeichnung als Aktivisten diese, unterhalb der Strafbarkeit, aber mental, zu ihren Hassverbrechen anstiftet? Ist daraus, dass Sie das Ergebnis nicht erwähnten, die Schlussfolgerung zu ziehen, dass der Redaktionsleiter kein Problem erkennen kann?

Die Zeit, das zu beantworten, war dann doch wieder nicht. ●



Schätzen Sie mal

Unser Stadtfernsehen hatte einen Bericht über eine Veranstaltung im Rathaus von so einem dieser Zweckbündnisse, die in Jena mit Berichten rechnen können, die Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe firmiert als Runder Tisch der oder für Demokratie. Da besetzt man schon mal den Begriff und schützt ihn vor Fehlgebrauch. Wenn man das lange genug macht, kann man sagen, das hieß schon immer so.

Was der Bericht von JenaTV nicht enthielt und uns nur informell berichtet wurde, war, dass zum Beginn der Vorstellungsrunde der Anwesenden des Demokratietisches eine als Komsomolzin lesbare Frau der Grünjugend gegen die Anwesenheit eines Anwesenden protestierte, der Veranstaltungsleiter berief sich auf sein Hausrecht und verwies den Mann von der Teilnahme an der Demokratie. Eine weitere Frau soll daraufhin gegangen sein.

Das wäre etwas, das nach allen journalistischen Handwerksregeln herausgestellt oder mindestens erwähnt werden müsste. Aber dieses Ereignis wurde ausgespart.

Nun stellt sich die Frage, ob das jemand ausdrücklich von JenaTV gewünscht hat oder ob man bei JenaTV von alleine darauf kam, hier eine Abweichung von den journalistischen Künsten vorzunehmen. Das könnten wir, wie wir es zu tun pflegen, JenaTV fragen.

Aber uns ist etwas Besseres eingefallen, darum weichen wir von unserer Gepflogenheit ab, und fragen Sie: Was schätzen Sie, geschah das wegen eines ausdrücklichen Wunsches oder aufgrund eigener Entscheidung? ●



Personen

Warnung: Der folgende Text steht in Bezug zu der Zeit, in der er geschrieben wurde, der aktuellen

Bitte stellen Sie sich vor, Ihre Breale oder mögliche Enkelin würde mit blauen Flecken aus der Schule kommen, wo sie drangsaliiert, bespuckt, beleidigt, mit einer Schere attackiert wird, und die Verantwortlichen können und wollen nichts unternehmen, jedenfalls nichts dagegen. Wenn Sie dann meinen, „wenn das das beste Deutschland ist, das wir je hatten, dann will ich lieber wieder ein weniger gutes“, dann tun Sie das lieber nicht laut, denn Meinungen unterhalb der Strafbarkeit, die noch von der Meinungsfreiheit gedeckt sind, werden nicht verfolgt, wenn sie auch unterhalb der Wahrnehmbarkeit bleiben und noch nicht als Sprach- und Denkmuster in die Sprache Eingang finden. Letzteres ist der verfassungsschutzrelevante Zustand, das geschilderte Beispiel stammt indes nicht aus Jena, für diesen Blick in die Zukunft ist nach Bad Liebenstein zu schauen.

Auf Bild.de war zu lesen: *Schülerin Laura (11) beleidigt, bespuckt, bedroht. Berufskraftfahrer Benny H. „ist außer sich: Seit Ende vorigen Jahres wird seine Laura in der Regelschule ‚Altensteiner Oberland‘ offenbar böse gemobbt.*

„Sie wurde gegen das Schienbein getreten, mit einer Schere bedroht, wird fast jeden Tag bespuckt und beleidigt“, erzählt der entsetzte Vater. „In ihrer fünften Klasse an der Regelschule Altensteiner Oberland herrschen katastrophale Zustände“, sagt er.

„Beim letzten Elternabend war das Thema Nummer eins. Jetzt macht gemeines Mobbing auch vor unserer idyllischen Heilbad-Gemeinde nicht länger Halt.“

Laura habe Angst, in die Schule zu gehen. Eine Kampfsportschule komme jeden Freitag, um den Umgang mit

Mobbing zu trainieren, „bisher aussichtslos“.

Der Vater fürchtet um die Gesundheit seine Tochter: *„Ich habe Angst, dass ich irgendwann einen Anruf aus dem Krankenhaus bekomme, weil ihr Schlimmes zugestoßen ist. Mehr als die blauen Flecke, die sie bis jetzt häufig nach Hause bringt.“*

Ja und verursacht die irgendjemand? Diese Frage muss sich auch der Bild-Autor gestellt haben, er bekam von der Schulleiterin gesagt: In Lauras Klasse seien *Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Kinder verschiedener Nationen mit unterschiedlichem Sprachkenntnisstand: „Das ist für alle eine große Herausforderung.“*

Ach so.

Es gebe bei einigen Schülern *„eine Überforderung hinsichtlich der Einhaltung von Normen und Regeln“.*

Was die Schule versucht: *„mit Schulsozialarbeitern, Elterngesprächen und Projekttagen der Situation Herr zu werden. Aber: „Das ist ein Prozess, der nicht in einem halben Jahr beendet ist“, so die Schulleiterin.“*

Nicht in einem halben Jahr.

Wir fragten bei dem Bild-Autor an, ob es eine offizielle oder inoffizielle Sprachregelung gebe, bei so etwas von Mobbing zu sprechen statt von Folter.

Hat er weder bestätigt noch dementiert. Auch die Presseheinis der beiden Ministerien, die dafür in Betracht kommen könnten, Holter- und Denstedt-Ministerium, sagten nichts.

Bei der Pressesprecherei des Innenministers fragten wir an, ob Entsetzen und Empörung des Ministers größer oder kleiner sind als bei Fällen von Hassrede im Internet gegen linke und grüne Politiker.

Kam auch nichts.

Es interessiert die nicht.

Nicht nur das, sie leben ihren Hass gegen diese Schülerin. Sie hassen diese Kinder. Tochter eines Kraftfahrers. Ein Junge wäre ihnen lieber, aber sie können sich die beabsichtigten Kollateralschäden nicht aussuchen.

Wenn die von den Normen überforderten Schulbesucher vermittelt bekommen, unsere Kinder sind nichts wert, dann wird diese Prägung sich auch nicht rückgängig machen lassen, wenn der Sprachkenntnisstand erlangt ist, mit dem auch noch verbale Attacken dazukommen.

Der Vater müsste Geld sammeln, um einen Hunderter zusammenzukriegen für ein paar Rocker, die einfach mal hingehen und zum Ausdruck bringen, dass sie wiederkommen. Das wird auch ohne Sprachkenntnisstand verstanden. Auch von Direktorin und Sozialarbeitern.

Es ist nun aber nicht so, dass gar nichts geschehen wäre.

Der Artikel ist schnell von der Bild.de-Startseite verschwunden.



Da lacht die Förderdemokratie



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Eigenvoodoo bei der Zeitung

Die hiesigen Zeitungen bringen mehrspaltig und vielartikelig das schlimme Problem Hass gegen Politiker, das nun endlich angegangen gehöre, die Töne seien rau geworden in Corona und den anderen Problemzeiten, da seien die Meinungen unterwandert worden, so was.

Klaus Fabian oder umgekehrt tut sich damit hervor, aber den zu zitieren, verbietet die Selbstachtung, Sie können es sich vorstellen, was da losgeschrieben wird.

Die Zeitung beklagt die Effekte, die auch Auswüchse sein mögen, ihrer eigenen Betätigung im Hassgewerbe. Erst das Klima vergiften und dann die toxische Atmosphäre beklagen. Es kann nicht sein, dass man etwas anderes erwartet als Aufrauhung, wenn man selber die Debatte unterbindet und gegen alle hetzt, die nicht mindestens linksgrünkompatibel sind.

Wenn nun jemand angesichts dieser Zeitungsartikel denkt, „was für



eine unrettbar verkommene Sinklochpresse“, reagiert er womöglich auf die ganz kalkulierte Weise. Womöglich ist genau das die Absicht der Presse, den Groll auf sich zu

ziehen und von den politisch Verantwortlichen weg zu leiten.

Das wäre schon recht trickreich, aber auf die Idee müssen die ja gar nicht selber gekommen sein. ●

Wer sich erinnert fühlt oder sogar das Frühere wiedererkennt, hat mal wieder das Neue nicht verstanden

Die Jenaer Studentenzeitung heißt auch Akrützel, eigentlich Studentisches oder Hochschulisches, aber Studenten kennen halt nur das, was sie wissen dürfen. Das Studentische Akrützel ist daher auch so etwas wie die Dystopie des Geisteslebens, der Ausblick auf die Zukunft des politisierten Medien- und Akademiebetriebes, die schon seit Längerem angebrochen ist.

Da wird ein Fall behandelt von einem Extremisten, den die Universität entlassen hat oder entlassen will, und in diesem Fall ist es „ziviler Ungehorsam“, die Uni haben sie konfrontiert mit der Nachhaltigkeit, die sie angeblich will, und die redet sich heraus damit, keine Vorbestraften beschäftigen

zu wollen. Gucken Sie es sich bitte selber an, wir wollen Ihnen nicht die Deutung vorwegnehmen.

Das Recht wird nach politischer Polung ausgelegt.

Das haben die Studenten nicht erfunden, sie treiben es nur weiter, und das höchst freiwillig, ohne Reflexion innerer Widersprüchlichkeiten oder mangelnder allgemeiner Maßstäbe.

Recht ist, was nützt. Wie früher. Und wie noch früher.

Da sind sie wieder, durch Rückzuchtung wiedererstanden.

Eines ist aus der betreffenden Doppelseite indes festzuhalten. Vielleicht liege es an der offensichtlichen Unzulänglichkeit der Vorwürfe, die die Uni erhebe, schreibt man, dass sie ihre Begründung

für den Hinauswurf auf eine vermeintlich verfassungsfeindliche Haltung ausweite. Und das links, da muss schon was zusammengekommen sein. Künftig laufe „wohl jeder politische Mensch Gefahr, von der Uni als Demokratiefeld angesehen zu werden. Das wär’s dann wohl auch mit der Hälfte der Soziologielehrstühle.“ Nur die Hälfte? Wäre ein Anfang.

Wenn sie es schon selber sagen. Nicht einmal der Schutz vor selbstverräterischem Geschwätz funktioniert noch, die halten sich im einzig denkbaren Recht.

Es ist zu spät, noch davor zu warnen, solchen Leuten ein politisches Mandat zu geben.

Die haben so was gar nicht mehr nötig. ●

Kathleenchen will die Fragen vorher wissen

Der Stuhlkreis der innerstädtischen Mittelständler, die noch da sind, plant eine Anhörungsrunde in der Sparkassenarena mit den Kandidaten, die zur Oberbürgermeisterwahl antreten, und für einen Moment sah es so aus, als bestände die Wahrscheinlichkeit, dass die Veranstaltung nicht nur live und später immer noch vollständig an den Endgeräten anschaubar sein würde, sondern dass die Bewerber sogar mit echten Fragen konfrontiert würden, um die Gelegenheit zu bekommen, den Wählern, für die ja der Wahlkampf gedacht ist, zu zeigen, wer, was und wie sie sind und worin sie sich unterscheiden.

Es ist jetzt nicht so, dass diese Gefahrenlage speziell für eine Kandidatin besonders riskant gewesen sein würde. Alle haben ihre Schwachpunkte, der eine, weil er Amtsinhaber ist, die anderen, weil sie sich gerade in der Phase befinden, von der es immer heißt, man habe die Inhalte nicht ausreichend nach unten an die Wähler durchgestellt.

Eine Glasnost-Lage besteht nun nicht, was aber nicht genügt, die von den Grünen Aufgestellte angstfrei zu stellen, jedenfalls ist sie die einzige, von der wir es wissen, dass sie die Fragen vorab wissen will. Wie in der Politik, da kommen auch immer nur die Fragen auf, die man vorher kannte. Den anderen ist es auch gelegen, mit nichts Unerwartetem rechnen zu müssen, nur die Grünen kann es sich leisten, es zu sagen, denn ihr als Frau kann man nicht mangelnde Kompetenz unterstellen. Etwas rätselhaft ist nur, wozu sie die Fragen kennen will, sie hat ja doch auf alles dieselben Antworten. Klima, soziale Gerechtigkeit, Vielfalt. Egal, ob die Frage lautet: „Sind Sie sicher, dass Politik das richtige Betätigungsfeld für Sie ist?“ oder: „Für wen halten Sie sich?“

Schon die Inszenierung, die Politiker müssten ein Wahlangebot

machen und hätten sich von einer bürgerschaftlichen Vereinigung, die ja gar kein demokratisches Mandat hat, zur Rede stellen zu lassen, hätte vielleicht ein fehlgeleitetes Interesse bei den Zuschauern ausgelöst.

Die Innenstadtinitiative läuft nicht Gefahr, als steuerbordzivilistisch angesehen zu werden, weil sie etwas für die Stadt geleistet hätte oder gar für die Bürger, die sich durch so was in ihrer Wahlentscheidung beeinflussen ließen.

Es besteht kein Grund, sie ernstzunehmen, nicht für die Bürger und schon gar nicht für die Politiker und Stadtmächtigen. Jeglicher Anschein, es zu tun, erübrigt sich.

Nicht, dass manche Bürger, sie wären ohnehin in der Unterzahl, noch glauben, die Wirtschaft hätte was zu sagen oder befände sich wenigstens in der Position, dazu auffordern zu können, etwas zu sagen.

Die Wirtschaft ist da, wo sie hingehört.



Jenaer Impressionen





**Müssen Sie gucken!
Senior-Influencer auf Youtube
oder www.zellerzeitung.de**

Cartoons From A Room



Kostenloses Gratis-PDF umsonst für 0 Euro ohne Bezahlschranke auf www.zellerzeitung.de unten bei den anderen Klassikern

DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



**IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO
(03641) 619434**

Die immer noch wichtigen Bücher



LEUCHTENDES SCHWEIN



Das Qualitätsblatt unter den Presseprodukten

Auch nachlassend starke Zeichen summieren sich



Das nächste Zeichen ist immer das stärkste. Das gilt auch und gerade und erst recht, wenn beim nächsten Mal anscheinend kein ganz so starkes Zeichen zustandekommt. Eine isolierte Betrachtung würde die Erzählungen der Falschen befeuern und ist deshalb irreführend. Die Einzelzeichen addieren sich zu einer Summe, die immer größer wird, auch wenn sie vielleicht weniger schnell wächst. Daran ist immer zu denken.

Studie: Wer rechtgehabt hat, bereut, etwas gesagt zu haben, weil das die Aufarbeitung behindert



Unvorhergesehenes Treffen überrascht beide Persönlichkeiten



Zu einem Zusammentreffen der unerwarteten Art kam es bei der Visite der Grünen Parteivorsitzenden Ricarda Lang in Jena, das sich terminlich mit dem Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier überschneidet. So passiert es, wenn die Planungen von verschiedenen Büros getätigt werden, die sich nicht immer komplett abstimmen können. Da die beiden sich länger nicht gesehen hatten, nutzten beide die willkommene Gelegenheit, sich gemeinsam für Vielfalt und Demokratie auszusprechen.

Hinterher ist man schlauer, aber nur, wenn man nicht vorher schon darauf bestanden hat, es besser zu wissen, als man es noch gar nicht wissen konnte. So hat man Komplottfabeln Vorschub geleistet in die falsche Richtung. Klar, dass eine Aufarbeitung, die rückwirkend Absolution erteilen würde, nicht möglich ist. Das sehen auch laut einer Studie diejenigen so, die es durch ihre Wisserei verzieht und verbockt haben.

Zufällig befragte Passanten sagen, warum das Breite Bündnis mehr Mitsprache kriegen sollte

So seltsam es klingt, ist es auch, dass das Breite Bündnis noch keinen Verfassungsrang hat. Eine Institutionalisierung tut not, damit der Zusammenschluss der Kräfte noch initiativer werden kann. Das ist auch die Meinung unter den zufällig ausgewählten Befragten, die sich für eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Einbringungsmöglichkeiten aussprechen, durch die sich noch mehr Menschen angesprochen fühlen. „Unsere Werte sind ein hohes Gut“, so lautet der übereinstimmende Konsens. Nun ist der Gesetzgeber gefragt.

